

Immer mitten in die Presse rein: Pressefeindliche Gewalt bei Versammlungen verschwörungsideologischer Gruppen in Sachsen

Köhler, Klemens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köhler, K. (2024). Immer mitten in die Presse rein: Pressefeindliche Gewalt bei Versammlungen verschwörungsideologischer Gruppen in Sachsen. In M. Krell, & T. Böhme (Eds.), *Sächsische Realitäten: Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen* (pp. 285-309). Dresden: Thelem. <https://doi.org/10.25368/2024.138>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Immer mitten in die Presse rein

Pressefeindliche Gewalt bei Versammlungen verschwörungsideologischer Gruppen in Sachsen

1. Einführung: Problembeschreibung, Perspektive, Ziel des Beitrags

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht und laut Artikel 5 des Grundgesetzes in Deutschland geschützt. Sie ist mehr als ein Abwehrrecht gegen den Staat und jenseits rein juristischer oder demokratietheoretischer Überlegungen heißt Pressefreiheit ganz konkret: Journalist:innen müssen frei Informationen sammeln und veröffentlichen dürfen, ohne dass sie sich dabei einer übermäßigen Gefahr aussetzen. Die Pressefreiheit garantiert nicht Risikofreiheit, aber verbietet gezielte Angriffe auf Journalist:innen. Es ist für eine freie und demokratische Gesellschaft essentiell, dass Informationen über öffentliche Vorgänge und den gemeinsamen öffentlichen Raum für die Meinungsbildung und den Diskurs allen frei zur Verfügung stehen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Pressefreiheit ist bei der Protestberichterstattung in Sachsen seit Jahren nicht gegeben.

Wo es möglich sein sollte, am Bahnhof auszusteigen, sich einen Protest anzuschauen, eventuell O-Töne zu sammeln und dann wieder nach Hause zu fahren, sieht die Realität anders aus: Um mit einem akzeptablen Risiko von verschwörungsideologischen Protesten in sächsischen Gemeinden zu berichten, ist es unter anderem nötig, diese Berichterstattung bei der Polizei anzukündigen und zu koordinieren, private Sicherheitsdienste in Anspruch zu nehmen und mit einem Mietauto die eigene Fluchtfähigkeit herzustellen. Warum ein Mietauto? Am 27.07.2015 sprengte

die sogenannte *Gruppe Freital* das Auto eines missliebigen Stadtrates. Oft geben sächsische Journalist:innen und Medienhäuser an, dass dieser Aufwand nicht dauerhaft umsetzbar ist, dass die Gefährdung zu groß ist, dass man »Frau und Kinder« habe, und sich das nicht länger antue (phoenix 2023). Eine Sicherheitsplanung durch erfahrene und routinierte Menschen bedeutet bis zu zehn Personenstunden Aufwand für eine Berichterstattung. Oft berichten nur noch Protestbeteiligte: Polizei, Medienaktivist:innen und Teilnehmer:innen. Der wesentliche Grund dafür ist die Gewaltandrohung durch Teilnehmende. Die Folge ist eine Gesellschaft, die blind dafür wird, was sich im öffentlichen Raum zusammenbraut. Die Wechselwirkung zwischen Gewalt und geringerer Informationsfreiheit ist dabei selbstverstärkend: Das Vermögen einer offenen Gesellschaft, eine faktenbasierte und nüchterne Debatte zu führen, ist Grundlage für die Normen und Institutionen, die gewaltfreie Lösung interner Konflikte ermöglichen. Die gezielten Angriffe darauf müssen daher als Angriff auf uns alle und als Teil rechter Strategien zur Abschaffung demokratischer Errungenschaften erkannt werden.

Zur Zeit finden an einem durchschnittlichen Montag in Sachsen etwa 50 rechtsextreme, verschwörungsideologische Proteste statt. Dort sind meist etwa zehn Journalist:innen unterwegs, die meisten in den Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig. Den Akteuren der verschwörungsideologischen sogenannten Montagsproteste ist es gelungen, die Öffentlichkeit weitgehend auszuschließen. Es herrscht faktisch eine gewaltsame Unterdrückung der Pressefreiheit, die nur mit hohem Aufwand durchbrochen werden kann. Diese Einschätzung basiert auf der Arbeit der Presseschutzorganisation *Between The Lines (BTL)*, die Pressevertreter:innen zu deren Schutz auf Versammlungen in Sachsen begleitet und deren Sprecher der Autor ist. Obwohl von *BTL* keine wissenschaftliche Datenaufnahme durchgeführt wird, sammeln wir explizit einige Daten zum Verlauf von Begleitungen. Zu einer rudimentären Statistik kommen eine Unmenge teils sehr intensiver Erfahrungen, der Austausch innerhalb der Organisation, und – immer dann, wenn es tatsächlich zu Gewalt kam oder Berichterstattungen wegen hoher Gefährdung abgebrochen wurden – Dokumentationen einzelner Begleitungen in Form von Videos, Fotos und Erinnerungsprotokollen. Dies erfolgt teilweise vor dem Hintergrund erwartbarer Strafverfolgung, zur Gewinnung von Trainingsmaterial und *Lessons learned*,

oder um Veränderungsprozesse mit anderen Stakeholdern anzustoßen. *BTL* hat eine Unmenge qualitativer Daten im gemeinsamen Gedächtnis, die zielgerichtet für die bessere Vorbereitung und Durchführung unserer Tätigkeit ausgewertet werden. Subjektive Erfahrungsberichte sind nicht die verlässlichste Informationsquelle. Dass ehrenamtliche Freiwillige ihre körperliche Unversehrtheit auf die Richtigkeit der Einschätzungen wetten, schafft hoffentlich Vertrauen bei der Leserin.

Ziel dieses Beitrags ist es, diesen Erfahrungsschatz verfügbar zu machen. Er versucht, aus konkreten Erfahrungen allgemeine Merkmale von pressefeindlicher Gewalt abzuleiten und skizziert einen Überblick über rechtsextreme, verschwörungsideologische Pressefeindlichkeit und den Zustand der Pressefreiheit bei der Protestberichterstattung. Auf Basis ›auf der Straße‹ erlebbarer Zusammenhänge sollen Ansätze für ein theoretisches, überprüfbares Modell bereitgestellt werden. Die Hoffnung: Hebel identifizieren, die der Pressefreiheit mehr Platz verschaffen. Der folgende Abschnitt 2 umreißt die Entwicklung von Pressefeindlichkeit bei Versammlungen der letzten zehn Jahre in Sachsen. Im Abschnitt 3 wird das Konzept von *BTL* beschrieben, das als Reaktion auf diese Entwicklung entstanden ist. Abschnitt 4 stellt kurz wesentliche regionale Besonderheiten und pressefeindliche Akteur:innen in Sachsen vor. Im zentralen Abschnitt 5 werden drei Thesen für ein allgemeines Modell gewalttätiger Pressefeindlichkeit und ihrer Akteure aufgestellt. Danach beschreibt Abschnitt 6 welche Handlungsfelder sich aus den aufgestellten Thesen ergeben würden. Abschnitt 7 zieht das Fazit und gibt einen Ausblick.

2. Eine kurze Chronologie

Beim Lesen des Wortes ›Lügenpresse‹ haben viele sofort Sprechchöre im Ohr und erinnern sich, wie Redakteur:innen niedergebrüllt wurden. Diese Bilder und O-Töne sind wahrscheinlich in Sachsen aufgenommen worden, genauer: bei *Pegida*. Mit Unglauben und Faszination reagierten überregionale Medien nicht nur auf den überraschenden Erfolg der *Pegida*-Montagsproteste. Auch der bald offen rechtsextreme Ton schaffte einen Reiz, bei jeder Grenzüberschreitung wieder hinzuschauen. Als Tatjana Festerling (zit. nach taz 2016) im Januar 2016 von der Bühne

rief: »Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wären, dann würden sie [...] diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus [...] den Pressehäusern prügeln«, explizierte sie nur, was seit den ersten *Pegida*-Protesten Praxis war: Journalist:innen wurden angebrüllt, ihnen wurde in die Ausrüstung gegriffen, sie wurden geschlagen und beworfen. *Reporter ohne Grenzen (RoG)* erfasste für das Jahr 2015 deutschlandweit 39 Angriffe, davon »rund ein Drittel« in Sachsen (vgl. *Reporter ohne Grenzen 2016*), das *European Center for Press and Media Freedom (ECPMF)* zählte 101 Übergriffe im Jahr 2015 (vgl. *ECPMF 2017*). Es gibt seitdem zwei Konstanten der Pressefeindlichkeit: Sachsen und rechtsextreme, verschwörungsideologische Versammlungen. Zwar gibt es überall in Deutschland und auch bei anderen Anlässen Pressefeindlichkeit, aber die höchste Frequenz und die schwersten Angriffe weist die ›Sachsen-rechts‹-Kombination auf (vgl. *ECPMF 2023*, *Reporter ohne Grenzen 2023*). Neue Muster treten hier zuerst auf, bevor sie sich dann geographisch und soziographisch ausbreiten. Oder: Andere Szenen und Regionen ziehen oft nach. Versucht man etwas über die Entwicklung rechter Gewalt gegen Journalist:innen herauszufinden, stößt man auf Äußerungen von Betroffenen und Berufsverbänden, die von einer neuen Qualität der Pressefeindlichkeit berichten. Diese Qualitätssprünge werden zu drei Anlässen konstatiert: *Pegida 2015*, Chemnitz 2018¹ und *Querdenken 2020* und noch einmal verstärkt 2021. Das ist keine immer neue Überraschung über dasselbe Phänomen, sondern es findet eine Steigerung statt. Dieselben Akteur:innen wie 2015 äußern 2021 wieder, so eine Gewalt habe es vorher nicht gegeben (vgl. bspw. *Deutschlandfunk Kultur 2016*, *Grimm 2022*). Aber auch die gewaltsuchenden und seit 2015 immer weiter eskalierenden Akteur:innen sind dieselben: Am Beispiel Dresden kann 2020 und 2021 beobachtet werden, wie die Teilnehmer:innen von *Pegida* im Anschluss an ihre Versammlung direkt zum am selben Ort stattfindenden Protest von *Querdenken* wechseln. ›Sachsen-rechts‹ bildet die maximale Spannweite pressefeindlicher Verhaltensweisen in Deutschland ab und bietet sich daher als Anschauungsobjekt besonders an.

1 In Chemnitz ereigneten sich im Sommer 2018 mehrere Ausschreitungen und Demonstrationen Rechtsradikaler.

Beim Aufkommen coronabezogener, verschwörungsideologischer Proteste war *Pegida* kein wesentlicher Akteur mehr, aber die persistenten pressefeindlichen Einstellungen und die Erfahrungen der Jahre 2015/16 bilden die Grundlage für die Entwicklungen ab 2020. Das Narrativ von gesteuerten Medien, die nur das verbreiten, was ominösen Eliten nützt, wurde nahtlos übernommen. In bemerkenswerter Parallelität zu *Pegida* ließen verrohte, in der Selbstwahrnehmung ›normale Bürger‹ im Umgang mit Pressevertreter:innen beständig Anstand, ›gute Stuben‹ und zivilisatorische Grundsätze vermissen; Grenzüberschreitungen sind prägendes Element des kollektiven Verhaltens einer verrohten ›sächsischen Mischung‹. Die Gewalt bei *Pegida* lässt sich mit kollektiven ›Lügenpresse‹-Rufen und Übergriffen durch einzelne irrational erscheinende, bürgerliche Teilnehmer:innen auf der einen Seite und der Distanzlosigkeit zu rechtsextremen Hooligans und Neonazis und deren gezielten Angriffen beschreiben. Die Distanzlosigkeit ermöglichte es letzteren, meist im Schutz von Großveranstaltungen, gezielt Jagd auf ausgemachte Feinde zu machen. Bei *Pegida* überwogen als Ziel politische Gegner:innen und rassifizierte Menschen/vermeintliche Asylsuchende. Als bei einer Großdemonstration der diffus verschwörungsideologischen *Querdenken*-Bewegung am 7. November 2020 in Leipzig eine habituell heterogene Bevölkerungsmischung demonstrierte, konnte man die gleiche ›Aufgabenteilung‹ wahrnehmen: Einige hundert Teilnehmer:innen lebten ihre Gewaltaffinität aus und konnten sich auf die Rückendeckung einer augenscheinlich ›bunten‹ Versammlung mit 20.000-40.000 Personen verlassen. Sie überwandten Polizeisperren, um dann unter anderem Pressevertreter:innen anzugreifen. Im Nachgang verleugneten Teilnehmer:innen zum Teil wider besseren Wissens die Gewalt. Diese Mischung ›normaler‹ Bürger:innen stellte dabei polizeiliche Entscheidungsträger:innen und Planer:innen immer wieder vor eine intellektuelle Herausforderung. Man glaubte, ›Extremisten‹ und ›Gewalttäter‹ in der Menge ausmachen zu können, sah sich aber angesichts der überwältigenden Mehrheit ›friedlicher‹ Teilnehmender zur Untätigkeit verdammt.

Im Sommer 2021 ›demokratisiert‹ sich übergriffiges Verhalten gegenüber Pressevertreter:innen, insofern es nun von immer mehr Teilnehmenden ausging: Es sind nicht mehr nur gewaltbereite Grüppchen

junger Männer oder vereinzelte Teilnehmer:innen, die sich in irrationale Wut hineinsteigern. Neben Aufzügen müssen Journalist:innen bei jeder vorbeiziehenden Teilnehmer:in damit rechnen, dass es zu Stößen mit Gegenständen (Fahnenstangen, Fahrräder, Regenschirme etc.), Griffen in die Ausrüstung oder Pöbeleien kommt. Die Täter:innen lächeln dabei. Eine Hemmschwelle für körperliche Übergriffe scheint es da kaum noch zu geben. Im November 2021 schlägt die Situation völlig um. Während jeden Montag in nahezu jeder Ortschaft in Sachsen hunderte Menschen gegen Corona-Maßnahmen protestieren, und dabei routiniert polizeiliche Anweisungen missachten (während bei *Pegida* noch der Polizei gedankt wurde), verordnet das sächsische Sozialministerium, dass Versammlungen nur noch ortsfest und mit maximal zehn Teilnehmer:innen erlaubt sind. Erwartbare Folge: Am darauffolgenden Montag demonstrieren wieder Tausende auf hunderten Versammlungen, nur diesmal illegal. Mit dieser Verordnung hat die sächsische Regierung jede Teilnehmer:in auf die andere Seite des Rechts gestellt. Die vorher schon eher künstliche Unterscheidung zwischen ›bürgerlichen‹ und ›radikalen‹, ›extremistischen‹ oder ›gewaltbereiten‹ Teilnehmenden verwischt völlig (vgl. Martens 2022). Dies erstreckt sich auch auf die Selbstwahrnehmung der Teilnehmer:innen: Plötzlich sind sie alle im Widerstand gegen die Regierung! Und das hat Folgen für Pressevertreter:innen, die im verschwörungsideologischen Narrativ ja die Arbeit der Eliten erledigen. Sie sind oft die einzigen greifbaren ›Feinde‹ der Versammlungsteilnehmer:innen; auch, weil Polizeikräfte nicht annähernd jede Versammlung begleiten.

Ab diesem Zeitpunkt ist wegen Anzahl und Brutalität der Angriffe auf Pressevertreter:innen eine normale Arbeit ohne Sicherheitsbegleitung nicht mehr möglich. Am 31.01.2022, zwei Wochen nach dem Auslaufen dieser Regelung, geht die Polizei von 50.000 Teilnehmer:innen bei coronamaßnahmenbezogenen Versammlungen in Sachsen aus (vgl. dpa 2022). Wo keine Presse ist, bleibt es ab dem Auslaufen behördlicher Beschränkungen oft ruhig: Die Polizei hält sich zurück, andere potenzielle Opfer meiden die Innenstädte und auch Journalist:innen sagen: »Ich tu mir das nicht länger an. Das ist mir zu gefährlich« (phoenix 2023). Einen Überblick über die Erfahrungen von Journalist:innen kann man sich unter dem Hashtag #ausgebranntePresse auf Social Media verschaffen.

Seit dem Winter 2021/22 hört man immer weniger von diesen Zuständen. Das liegt an mehreren Faktoren: Es gibt weniger Berichterstattende, weniger Demonstrationen (mit jeweils weniger Teilnehmer:innen), die Prozeduren von Polizei, kommerziellen Sicherheitsdiensten und *BTL* haben sich immer weiter verbessert, so dass es kaum noch zu spektakulären Angriffen kommt, über die dann berichtet wird. Das zeichnet ein verzerrtes Bild. Zum einen sind die radikalen Pressefeinde nicht weg, nur weil sie nicht mehr zu Demonstrationen gehen. Zum anderen müssen die Berichterstattungen, die stattfinden, oft sehr stark abgesichert werden.

3. Zivilgesellschaft schützt Pressefreiheit – die Idee hinter *Between The Lines* (BTL)

Die Initiative *Between The Lines* hat sich 2021 in Dresden gegründet, um besonders betroffene Journalist:innen auf gefährliche Versammlungslagen in Sachsen zu begleiten. Das Ziel ist die Erhaltung und Erweiterung der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit im Angesicht zunehmender Aggression und Gewalt. Die Begleitungen für Freie Journalist:innen sind kostenlos und werden ehrenamtlich geleistet. Schutzpersonen sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können und auch im schlimmsten Fall unverletzt bleiben. Die Begleitung durch Ehrenamtliche ist Grundrechte schonend in alle Richtungen. Die Alternative ist polizeilicher Presseschutz, der verschiedene negative Nebeneffekte hat. Zum einen ziehen es die allermeisten Journalist:innen vor, mit Abstand zur Polizei zu arbeiten und unabhängig von deren Schutz zu sein. Eine Begleitung durch Polizeikräfte bedeutet aber auch eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit der Teilnehmer:innen durch die potenziell einschüchternde Präsenz der Polizist:innen. *BTL*-Begleiter:innen wollen die Pressefreiheit schützen und auch deutlich machen, dass sie als Bürger:innen Angriffe und Gewalt nicht akzeptabel finden.

Die Teams von immer zwei bis drei Begleiter:innen halten Aggressionen von Pressevertreter:innen fern, deeskalieren frühzeitig und schaffen notfalls Zeit und Raum für Polizeimaßnahmen oder eine Flucht. Die Initiative gibt möglichst niedrigschwellig vielen Menschen die Möglichkeit, sich für Grundrechte zu engagieren. Damit der Aufwand für

die Begleiter:innen minimal ist, unterstützt ein Organisationsteam die Begleitungen durch Lage- und Sicherheitsbeurteilungen, Trainingsworkshops, Vorträge sowie Einsatznachbereitungen. Diese umfassen notfalls auch psychosoziale und juristische Erstversorgung der Ehrenamtlichen. Begleitungen erfolgen, wenn nötig, in Kontakt mit der Polizei und mit lageangepasstem Auftreten, Ausrüstung und Prozeduren.

Auf die Zuspitzung der Sicherheitslage im November 2021 wurde die Einsatzvorbereitung und das Training verbessert, Begleittteams so gebildet, dass sie auf die zu erwartende Lage gut reagieren können. Wo es vorher vor allem darum ging, abschreckend zwischen Gelegenheitsangreifer:innen und ihren Zielen zu stehen, wurde es immer wichtiger, sich anbahnende gezielte und gefährliche Angriffe frühzeitig zu erkennen und sie möglichst schnell und deeskalativ zu unterbrechen, oder notwehrfähig zu sein. Trainingsworkshops und Fähigkeitsaufbau stellten daher ab November 2021 einen Tätigkeitsschwerpunkt dar. Zusätzlich wird durch *BTL* das gesellschaftliche Umfeld der Pressearbeit auf Demonstrationen im Sinne der Pressefreiheit beeinflusst. Dazu dient eine intensive Vernetzungstätigkeit mit Berufsverbänden, Akteur:innen der Zivilgesellschaft, Strafverfolgungsbehörden und Landtagsabgeordneten sowie anlassbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Sicherheitstrainings für Journalist:innen. Die ursprüngliche Idee war mit wenig personellem und persönlichem Aufwand einer aufsprießenden pressefeindlichen Aktionsform eine wirksame Gegenmaßnahme gegenüberzustellen. Vermeintlich bürgerliche Angreifer:innen sollten Misserfolge oder Polizeireaktionen erleben und zukünftig Angriffe unterlassen. Das ist im November 2021 gescheitert. Dass Journalist:innen mit *BTL*-Begleitung berichten können, ist wichtig, aber keine Lösung des Problems.

4. Regionale Ausprägungen und Akteur:innen der Pressefeindlichkeit

Zum jetzigen Zeitpunkt (Dezember 2023) gibt es ein differenziertes Bild der Pressefreiheit in Sachsen. Grundsätzlich ist die Berichterstattung in den Großstädten sicherer, was im Wesentlichen an der stärkeren Präsenz

von Einheiten der Bereitschaftspolizei liegt. Der Unterschied zwischen den Großstädten ist dagegen nicht so groß, wie deren Imageunterschiede andeuten: in Leipzig, Dresden und Chemnitz gibt es sowohl gewaltbereite Einzelpersonen und Gruppen aus der Neonaziszene, als auch viele radikalisierte, ›bürgerliche‹ Menschen. Das häufig als Hochburg des Linksextremismus bezeichnete Leipzig und das als konservativ geltende Dresden haben beide einen zahlenmäßig meist kaum noch bedeutenden Montagsprotest. Auch haben beide Städte Stadtteile (wie Engelsdorf oder Laubegast), in denen Protestberichterstattung nur unter hohem Sicherheitsaufwand möglich ist.

Die rechtsextreme Kleinpartei Freie Sachsen² und die in Heimat umbenannte NPD dominieren die so genannten Montagsproteste und Anti-Asyl-Proteste. Sie haben dabei das latente Personenpotenzial von *Querdenken* und örtlichen Corona-Protestgruppen aufgenommen. Sie entfalten besonders in Nordsachsen, im Raum Dresden und im Erzgebirge und der sächsischen Schweiz große Aktivität. Die AfD ist dagegen im Raum Riesa und Meißen sowie rechts-konservativ auftretend im Raum Görlitz präsent. Im südsächsischen Plauen und Umland hat die Partei III. Weg eine ihrer letzten Hochburgen. Weitere Besonderheiten stellen die Lausitz um Bautzen herum und die Gemeinden des Muldentales (u. a. Grimma, Wurzen, Eilenburg) dar. In der Lausitz ist um die Akteure des so genannten Jugendblocks und den Medienaktivisten von *Balaclava Graphics* eine neonazistische, gewaltbereite Struktur entstanden, die martialisch und geordnet auftritt, und der es auch durch Straßenschlachten mit der Polizei gelungen ist, die Protestierenden in der Region massiv zu radikalisieren und sie an rechtsextreme Aktionsformen zu gewöhnen. Im Muldentale dagegen wirken Neonazi-Netzwerke nach, die sich in Wurzen besonders radikal, kampfsportaffin und gewaltbereit zeigen, während in Eilenburg und Borna eine breitere, aber nicht so extreme Radikalisierung bemerkbar ist. Und es gibt Orte wie Grünhain, die offenbar keine größeren Besonderheiten aufweisen, in denen aber bisher jede Berichterstattung aus Sicherheitsgründen abgebrochen werden musste.

Zusammenfassend: Es gibt sachsenweit diverse Akteur:innen, die sich teilweise überlagern und als Demonstrationsveranstaltende für

2 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

verschwörungsideologisch motivierte Teilnehmer:innen austauschbar sind. Trotzdem prägen sie zum Teil die Art und Weise der Pressefeindlichkeit. In Dresden-Laubegast oder Leipzig-Engelsdorf sind es bekannte rechtsextreme Aktivisten, die mit der Rückendeckung ›ihrer‹ Versammlungen gezielt Journalist:innen einschüchtern und angreifen. In Eilenburg, Borna oder Grünhain kann sich die gesamte Versammlung gegen einzelne Journalist:innen wenden. In Wurzen und Bautzen sind es organisierte Gruppen, die gemeinsam vorgehen, manchmal angefeuert durch die anderen Teilnehmer:innen. Dass es nicht unbedingt bekannte rechtsextreme Aufwiegler oder einen neonazistischen Hotspot braucht, zeigt ein Fallbeispiel aus dem Januar 2022 in Coswig. Dort wurden Pressevertreter und Begleitschutz direkt nach dem Eintreffen mit Taschenlampen geblendet und von teils verummten Angreifern mit verstärkten Handschuhen bedrängt, was kurzzeitig deeskaliert werden konnte. Nur wenige Minuten später kam es erneut zu einer Bedrängung durch knapp zehn Personen, wobei eine verummte, offenbar dem Hooliganspektrum zuzuordnende Person mit Tritten und Faustschläge angriff. Als sich der Begleitschutz Platz verschaffte, konnte einer der Begleiter nur knapp einer aus wenigen Metern Entfernung nach seinem Kopf geworfenen Bierflasche ausweichen. Der Angriff nahm schwere bis tödliche Verletzungen in Kauf. Der Werfer: Ein örtlicher Handwerker, der noch in seiner Berufsbekleidung am Protest teilnahm. Nach der Abwehr des Angriffs wurde die Berichterstattung abgebrochen (vgl. Kubeth 2022). Einsatzkräfte der Polizei waren während des beschriebenen Geschehens nicht vor Ort, sie trafen erst nach den Angriffen ein. Zwar konnten die Beamt:innen den Flaschenwerfer identifizieren und Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung einleiten, der weitere juristische Werdegang ist dem Autor allerdings nicht bekannt (vgl. Polizei Sachsen 2022).

Fazit: Obwohl die Proteste differenziert werden können, muss flächendeckend mit pressefeindlichen Angriffen gerechnet werden.

5. Von der pressefeindlichen Einstellung zur Gewalt

5.1 Überblick

Ganz grundsätzlich machen die Begleiter:innen von *BTL* immer wieder die Erfahrung, dass sie schon kurz nach Beginn einer Versammlung erkennen können, ob es zu Übergriffen kommen wird. Neben der menschlichen Sensibilität für Feindseligkeit gibt es ganz konkrete und schnell erlernbare Warnsignale. Wenn sich aber ein Verlauf so gut vorhersagen lässt, dann ist die Schlussfolgerung naheliegend, dass ein wahrnehmbares Gewaltisiko in den entsprechenden Versammlungen schon vorhanden ist.

Für die Entwicklung von Gegenmaßnahmen kann man hoffen, dass diese wiederkehrenden und wahrnehmbaren Muster auch aus den gleichen, veränderbaren Faktoren resultieren. Wenn dem so wäre, könnte man Pressefeindlichkeit an der Wurzel packen. Die für rechte, verschwörungsideologische Versammlungen typische ›demokratisierte‹ Gewalt geht meist spontan von Einzelpersonen aus, denen sich weitere anschließen. Daher ist es sinnvoll, die individuellen Teilnehmer:innen zu betrachten. Sie entscheiden durch ihr Verhalten darüber, ob es zu Angriffen kommt. Die Skala aggressiven Verhaltens reicht vom bösen Blick, der vom eigentlichen Ziel gar nicht gesehen wird, bis zum lebensgefährlichen körperlichen Angriff. Auch über Ort und Zeit des Übergriffs entscheiden die Teilnehmer:innen. Umgekehrt: Stimmen die Voraussetzungen, dann hat nichts am Verhalten oder am Wesen des Opfers einen Einfluss darauf, ob es zu einem pressefeindlichen Angriff kommt. Falls Angreifer:innen die Auswahl haben, nehmen sie bevorzugt die Personen, die am einfachsten ins Feindschema passen. Paradoxerweise lösen zwar meist Einzelpersonen mit spezifischen Handlungen Eskalationen aus, und doch ist es das Gesamtbild einer Versammlung, das einen Teil der Hinweise und Warnzeichen liefert:

Rechte, verschwörungsideologische Versammlungen, die keine anderen Ziele für ihre Aggression haben, wenden sich eher gegen Journalist:innen. Zum Beispiel ist die Gefahr für die Presse geringer, wenn anlässlich eines Tagesordnungspunktes im Stadtrat vor dem Rathaus demonstriert wird. Ein weiterer Hinweis sind die Feindbilder und wie

radikal diese adressiert werden. Ein Galgen mit einer Ampel am Strick zeigt hohe Radikalisierung, weist allerdings auch auf eine andere Zielscheibe. Allgemein oder personenbezogen können Journalist:innen bereits im Vorfeld in Social Media Gruppen ›markiert‹ und bedroht werden. Das kann aber auch vor Ort durch Teilnehmer:innen oder Redner:innen auf der Bühne passieren. Kommt es im Vorfeld eines Angriffes zu einer direkten Ansprache von Journalist:innen durch Teilnehmer:innen, dann nehmen daran fast immer sofort mehrere zuvor unbeteiligte Personen teil. Diese ›Kristallisation‹ ist die unmittelbare Voraussetzung für einen Angriff, der sich Bahn bricht, sobald einer der Beteiligten das zivilisatorische Gewalttabu bricht und den ersten Schlag ausführt. Bis zu diesem letzten Punkt sind die Warnzeichen gruppenbezogen und finden in einer sozialen Interaktion der Angreifer:innen untereinander statt. Das Verhalten von Einzelpersonen sendet aber auch Warnsignale: Ein großes Interesse an Medienvertreter:innen gehört dazu. Meist kommt es zu hörbarem Feindbildaufbau, wenn eine später am Angriff beteiligte Person die Journalist:innen als ›Zecken‹, ›Antifa‹, ›Lügenpresse‹, ›Systemlinge‹ oder ähnliches beschimpft. Bei einer direkten Ansprache kann es zu ›Kristallisation‹ und Angriff kommen, wenn die Hemmschwelle in der Versammlung niedrig genug und das Abschreckungspotenzial durch Polizei und/oder Sicherheitsbegleiter:innen nicht hoch genug ist. Meist ist der Aufbau jedoch etwas länger: Es folgen noch Versuche, außerhalb des Kamerawinkels oder Sichtfeldes der Pressevertreter:innen an diese heranzutreten, oder eine spätere Angreifer:in sucht den Kontakt zu anderen. Dann werden Wege so gewählt, dass sie dicht an den Journalist:innen vorbei führen, deren Bewegungsfreiheit einschränken, und es wird Vermummung angelegt oder Handschuhe angezogen. Aus den wiederkehrenden Erfahrungen lassen sich drei Thesen ableiten:

» These 1: (antisemitische) Verschwörungserzählungen bilden die Grundlage für pressefeindliche Einstellungen. Sie führen zu einem zunehmend vereinfachten Weltbild und dem Narrativ, mit den üblichen Instrumenten der Mitbestimmung machtlos zu sein.

» These 2: Angreifer:innen nehmen sich als Teil eines Freund-Feind-Schemas wahr und sind so weit radikalisiert, dass sie Angriffe auf Menschen vor sich selbst rechtfertigen können, besonders als Teil einer Erzählung in der sie gegen eine Übermacht aus Eliten und Behörden antreten. Man

identifiziert sich mehr mit der Gruppe der ›Widerständler‹ denn als Teil der Gesellschaft. Oft wurde Gewalt als Selbstwirksamkeit oder Mittel zur (Wieder-)Herstellung einer mythischen Normalität/Ordnung erlebt.

» These 3: Maßgeblich für Angriffe ist die Solidarisierung von umstehenden Versammlungsteilnehmer:innen mit den Gewalttäter:innen, da sie das Risiko eines Fehlschlages reduziert und mildert. Zudem sinkt mit der impliziten Legitimierung der Ziele und (gewaltsamen) Handlungen der Versammlung durch Dritte das mit dem Gewalteininsatz einhergehende Risiko gesellschaftlicher Ächtung und ganz praktisch die Gefahr der Strafverfolgung. Die daraus resultierende Widerspruchsfreiheit erlaubt ein selbstwerterhaltendes Narrativ, selbst dann, wenn man in Überzahl Menschen brutal angreift, die nur ihrem Beruf nachgehen.

Die drei Thesen können grob zusammengefasst werden mit: Gewalt wird im sozialen Kontext rechter, verschwörungsideologischer Versammlungen eingesetzt, um Selbstwirksamkeit und Kontrolle oder eine mythische Normalität/Ordnung (wieder) zu erlangen. Sie wird nur ausgeübt, wenn die Erfolgsaussichten hoch sind und die Gefahr sozialer Isolierung und Strafverfolgung gering sind.

5.2 These 1: Verschwörungsideologie als Basis

Pressefeindliches Verhalten, das persönliche Grenzen überschreitet, wird immer mit einem ›Lügen‹- oder ›Systempresse‹-Verschwörungsnarrativ unterfüttert. Demnach soll es eine verschworene Gemeinschaft von (globalen) Eliten geben, die auch großen Einfluss auf die Medien haben. Allein die Lektüre der Social Media Kanäle, die zur Mobilisierung für die Versammlungen genutzt werden, legt die Allgegenwärtigkeit dieser Erzählungen für die Teilnehmer:innen offen. Vor Ort werden Versatzstücke solcher Verschwörungserzählungen dann auch auf Transparenten oder in Äußerungen sicht- und hörbar. Bemerkenswerterweise erscheint das fast unabhängig von der politischen Ausrichtung: Werden auf Demonstrationen anderer politischer Spektren Journalist:innen gezielt abgefilmt, bedroht oder behindert, finden sich auch dort fast immer klare Anzeichen für offenen Antisemitismus (der benennt, dass angeblich

jüdische Menschen hinter der Verschwörung stecken) oder noch unklare Verschwörungserzählungen (in denen lediglich eine Verschwörung unter Einbeziehung ›der Medien‹ behauptet wird).

Angreifer:innen haben fast immer nachweislich Kontakt zu solchen Verschwörungserzählungen, und ausweislich ihrer Äußerungen haben sie diese auch verinnerlicht.

5.3 These 2: Freund-Feind-Schema und Gewalt als Handlungsoption

Aus der Verschwörungserzählung heraus ergibt sich oft relativ schnell eine Verschärfung des Tons, die mit einer Anreicherung der eigenen Verschwörungserzählung einhergeht. Menschen, die einmal glauben, dass es Mächte gibt, gegenüber denen sie selbst machtlos sind, ergänzen ihre »Einstiegserzählung« oft mit weiteren Verschwörungskonstrukten (Goertzel 1994). Aus einer ›globalen Elite‹, die ihre Interessen durchsetzen will, wird eine mit Kampf- oder Vernichtungsagenda. Dagegen müsse man sich, da die herkömmlichen Mittel des Rechtsschutzes und der Selbstbestimmung wirkungslos sind, mit Gewalt zur Wehr setzen. Gerade Teilnehmer:innen mit coronabezogenen Protesterfahrungen empfinden sich in einer Fundamentalopposition gegen staatliche und gesellschaftliche Institutionen: Die Polizei schützt sie nicht, die Medien berichten nicht ›neutral‹.

Gewalt wird als Handlungsoption wahrgenommen, wenn sie in der Vergangenheit erfolgreich war, ihr Einsatz legitim scheint und sie ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vermittelt, das aufgrund gesellschaftlicher Desintegrationserfahrungen oder -ängste fehlen kann. Hier findet auch der Rückbezug auf eine mythische Vergangenheit, ›in der man noch was zählte‹, Anhänger:innen. Bei Begleitungen erklären Angreifer:innen ihr Verhalten meist nicht mit einem längeren Monolog, der den Angriff legitimiert. Die Pöbeleien und Beleidigungen, mit denen Journalist:innen als Feindbild konstruiert oder mit dem sie überzeichnet werden, deuten aber in die entsprechenden Richtungen: Üblich sind Beleidigungen als Geheimdienstakteur (wahlweise ›Stasi‹, ›BND‹, ›Mossad‹ oder nur ›Spitzel‹) oder als Teil einer staats- oder verschwörungsfinanzierten

politischen Schlägertruppe (›Antifa‹, ›ProFa‹), mit entmenschlichendem Inhalt (›Zecken‹, ›Ungeziefer‹) oder sie schließen die Journalist:innen aus der konstruierten Normalität aus (›Geht doch mal arbeiten!‹).

Die Journalist:innen, die wir begleiten, sind oft nicht das stereotype Abbild einer Gefahr (teilweise sehr jung, weiblich gelesen, sehr leicht, klein etc.). Die radikalisierte Verschwörungserzählung erlaubt es Angreifer:innen aber, sich als Gruppe auf 45kg schwere Journalist:innen zu stürzen, denen sie sogar einzeln körperlich überlegen wären.

5.4 These 3: Soziale Rückendeckung und Reduktion des individuellen Risikos

Angreifer:innen brechen bei Widerspruch aus der Gruppe oder von Dritten schnell ihre Angriffe ab. Dafür ist selbst der massive Angriff auf eine Journalistengruppe und ihre Begleitschützer:innen am 13.02.2022 in Dresden-Laubegast ein Beispiel. Die Angreifer schlugen und traten auf ihre Opfer ein und verfolgten diese über etwa 800m durch den Stadtteil. Als die zurückweichende Pressegruppe einen größeren Abstand hergestellt hatte, wurde sie teilweise mit Fahrrädern verfolgt und mit schweren Fahrradschlössern angegriffen. Zwei Szenen illustrieren selbst hier, dass Täter:innen pressefeindlicher Gewalt den Rückhalt der Umstehenden brauchen: Zum einen näherte sich bereits einige Sekunden vor der Eskalation einer der Täter der Pressegruppe. Als dieser die Hälfte der etwa zehn Meter zur Pressegruppe zurückgelegt hatte, stellte er fest, dass niemand folgt, und kehrt kurzzeitig um. Ihr Ende fand die Verfolgung, als ein Angreifer ein Streitgespräch mit einer Begleitschützerin beginnt, an dessen Ende er zwei anderen Angreifern sagt: »So lösen wir das hier heute nicht«, woraufhin diese ihre Verfolgung abbrechen. Menschen haben Empathie. Auch Angreifer:innen können die Angst der Angegriffenen nachempfinden, und sie können sich auch vorstellen, wie Außenstehende ihre Handlungen sehen. Angreifer:innen wissen, dass sie Tabus brechen, wenn sie zuschlagen. Und deswegen kann ein Widerspruch in einer eskalierenden Situation wirksam sein. Umso mehr, wenn dieser aus der eigenen Gruppe kommt, also mit der impliziten Konsequenz verknüpft ist, keine Unterstützung zu bekommen oder sogar

mit den Folgen allein gelassen zu werden. Entsteht aber der Eindruck von Rückendeckung durch die Versammlung, trauen sich Angreifer:innen eben auch, persönliche Grenzen zu überschreiten oder zuzuschlagen. Besonders wirksam wird das, wenn Strafverfolgungsbehörden wegen der Anonymität in der solidarischen Masse niemanden ermitteln können. Legitimität kann auch konstruiert werden: Bereits wenige Minuten nach dem Angriff wurde auf Social Media Kanälen behauptet, die Pressegruppe hätte die Versammlung angegriffen. Die Angreifer wurden zu heldenhaften Verteidigern umgedeutet.

Angreifer:innen wollen Selbstwirksamkeit erleben und ihre soziale Position verteidigen oder steigern. Dabei ist natürlich das unmittelbare soziale Nahfeld wichtig, also die anderen Versammlungsteilnehmer:innen. Wird von denen die vermeintliche heldenhafte Verteidigung nicht anerkannt, sondern stattdessen gesagt: ›Ach, geh nach Hause, du bist betrunken‹, fehlt diese Anerkennung. Darüber hinaus spielt aber auch die gesellschaftliche Wahrnehmung eine Rolle. Wenn Täter:innen noch ein Sozialleben außerhalb des Protestes haben, nehmen sie es selten in Kauf, dieses komplett einzubüßen. In der Folge müssen der Protest und die Gewaltausübung im Rahmen des Protestes auch für Dritte in irgendeiner Form nachvollziehbar sein und legitim erscheinen.

6. Der Weg zu einer umfassenden Strategie und Handlungsmöglichkeiten

6.1 Allgemeine Überlegungen

Die Wirkung einer Strategie zur Verbesserung der Pressefreiheit gegenüber Gewalt kann bei zwei Gruppen erzielt werden: Journalist:innen, die sich entscheiden müssen, ob sich die Gefährdung für eine Berichterstattung lohnt und Angreifer:innen, deren Verschwörungs- und Feindbilddaufbau unterbrochen werden muss, und deren Risiko negativer Konsequenzen erhöht werden muss. Maßnahmen können dabei auch indirekt wirken, indem sie zum Beispiel darauf zielen, eine Solidarisierung von Dritten mit Angreifer:innen zu verhindern.

Die Hauptakteur:innen der Pressefreiheit sind die, die sie ausüben. Möchte man die Pressefreiheit in der Fläche verbessern, so müssen sich Maßnahmen daran orientieren, was Berichterstattende brauchen und wollen. In erster Linie sind das die Unterstützung ihrer Arbeit und ihrer Grundrechte vor, während und nach der Berichterstattung. Die Unterstützung muss nach Angriffen besonders schnell sein, und Folgen und Risiken minimieren. Aktivitäten, die Angriffe verhindern sollen, müssen sich dagegen auf Angreifer:innen richten, und sie sollten mit Maßnahmen flankiert werden, die Journalist:innen vor gefährdenden Nebenwirkungen schützen.

An Thesen 1 und 2 ausgerichtete, täterbezogene Maßnahmen sind: (Demokratie-) Bildungsmaßnahmen und solche zur Erleichterung demokratischer Mitbestimmung (These 1); ebenso individuelle, schwer skalierbare und langfristige Programme zur Deradikalisierung (These 2). Ihre Wirkung ist angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren zu gering. Lediglich bei These 3 – dass Gewalt gegen Menschen nicht ohne Unterstützung angewandt wird – sind unmittelbare und kurzfristige Wirkungen erzielbar, die auf Repression und öffentlicher Positionierung beruhen können. Angesichts der für die Handlungen von Angreifer:innen notwendigen Unterstützung des Umfelds können Maßnahmen, die sie sozial isolieren, überproportional erfolgreich sein. Eine schnelle Strafverfolgung kann diese Wirkung entfalten, besonders wenn sie sich in abgestufter Form auch gegen psychologisch unterstützende Teilnehmer:innen von Versammlungen richtet. An konkreten Taten kann man die Täter:innen bloßstellen und dabei die Niederträchtigkeit und Unvereinbarkeit mit gemeinsamen Werten betonen. Es hat sich leider auch gezeigt, dass Teile der sächsischen Gesellschaft es nicht feige finden, Schwächere anzugreifen. Eine sichtbare Zuwendung gegenüber Journalist:innen kann auch täterisolierend wirken. Das Überziehen der Opfer mit polizeilichen Maßnahmen (erstmal den Presseausweis kontrollieren) hat eine Signalwirkung – ein offensiv wertschätzender Umgang durch Polizist:innen und andere Personen des öffentlichen Lebens umgekehrt genauso. Eine Begrüßung der Berichterstattung durch Bürgermeister:innen, Kirchenvertreter:innen und andere Personen des öffentlichen Lebens kann geschlossene Pressefeindlichkeit aufbrechen

und die radikalisiertesten Täter:innen von anderen isolieren. Das gilt umso mehr nach Übergriffen.

Zuwendung hat auch direkte Auswirkung auf die Journalist:innen und deren Sicherheits- und Isolationsempfinden. Sie kann dazu ermutigen, die Berichterstattung auch in gefährlichem Umfeld fortzusetzen oder wiederaufzunehmen. Ganz praktische Verbesserungen der Sicherheit von Journalist:innen müssen dies natürlich begleiten. Wichtige Akteur:innen sind hier die Arbeitgebenden und die Presseverbände. Sie können in der Praxis die Pressefreiheit stärken: durch personelle (meist Sicherheitstrainings, manchmal auch nur die Selbstverpflichtung der Arbeitnehmer:in, ein solches zu besuchen), organisatorische (bspw. Engagement von Sicherheitsbegleitung, juristische Unterstützung, Weisungen, nicht allein von Protesten zu berichten) und technische Maßnahmen (bspw. Bereitstellung von Schutzausrüstung oder angepasster Aufnahmetechnik, Diensttelefonen), sowie Stakeholderarbeit (u.a. Kontakt zu Behörden, politische Lobbyarbeit). Die Arbeitgebenden sind für die Sicherheit ihrer Mitarbeiter:innen verantwortlich. Besonders die ressourcenstarken öffentlich-rechtlichen Medienhäuser könnten deutlich zielführendere, umfassendere und wirksamere Maßnahmen ergreifen. In einem Fall wurde nach einem Angriff Sicherheitsausrüstung für die angestellten Journalist:innen gekauft, die den Angriff nicht verhindert hätte, beim Angriff nicht geholfen hätte, und deren Handhabung nicht vermittelt wurde. »Kompetenzeinkauf« durch Schulungen oder durch die Beschäftigung von Sicherheitsfachleuten kann deutlich größere Wirkung erzielen. Vorbildlich thematisieren öffentliche-rechtliche Sender Angriffe auf eigene Mitarbeiter:innen meist öffentlichkeitswirksam. Angriffe auf Freie Journalist:innen ohne Redaktionsauftrag finden oft weniger Aufmerksamkeit. Leider entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass dies die Spitze der pressefeindlichen Gewalt darstellt. Bei Freien Journalist:innen, die Angriffe auf ähnlichem Niveau regelmäßig erleben, entsteht zusätzlich der Eindruck einer Entsolidarisierung. Hier könnte deutlicher jeder Angriff auf die Pressefreiheit thematisiert werden. Damit würde nicht nur den Freien der Rücken gestärkt, sondern indirekt auch die Akzeptanz für Gewalt bei Dritten sinken und ein stärkeres Bewusstsein für die Gefährdung der Pressefreiheit erzeugt werden.

Der Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalist:innen (Schutzkodex) geht wesentlich auf die Verbände zurück und verpflichtet seine Mitglieder zu einer Reihe wirksamer Maßnahmen. Die Verbände leisten wichtige juristische Unterstützung und Awareness-Maßnahmen, wie die Sammlung und Dokumentation von Vorfällen. Umfassende Aufmerksamkeit erzielte auch die dezentrale und spontane Kampagne unter dem Hashtag #ausgebranntePresse. Der vereinzelt von Medienhäusern durchgeführte Versuch, auch mit pressefeindlichen Akteur:innen in kontrolliertem Rahmen in Austausch zu treten, blieb wegen der schiereren Menge der Pressefeinde erfolglos. Zudem gehen dabei ausgerechnet Journalist:innen, die massiv bedroht werden, in einen Austausch mit potenziellen Täter:innen. Nichtsdestotrotz bietet sich mit solchen Programmen die Möglichkeit, die Geschlossenheit der Angreifer:innen aufzubrechen und so die Solidarisierung mit Täter:innen zu durchbrechen. Es stellt sich angesichts des hohen Aufwands die Frage, welche Akteur:innen dies leisten können.

6.2 Unterstützungsaktivitäten nichtstaatlicher Akteure

Einige spezialisierte Akteur:innen, die wichtige Arbeit für Journalist:innen leisten, sollen kurz erwähnt werden: Die Jahresberichte von *Reporter ohne Grenzen* und des *ECPMF* sind vollständiger als die polizeiliche Statistik und helfen dabei, einen Überblick über die Pressefeindlichkeit zu erzeugen. Opferschutzverbände wie das Projekt *support* des *RAA* in Sachsen bieten zudem höchst wertvolle psychosoziale Beratung nach Angriffen.

BTL ist die einzige Organisation, die sich Angriffen auf Pressevertreter:innen gezielt in den Weg stellt. Die Rückmeldungen von Journalist:innen sind glühend positiv. Objektiv lässt sich der Erfolg nur schwer bewerten. Er liegt zum Teil in der Netzwerk- und Mittlerfunktion zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und der Polizei und in die umgekehrte Richtung.

6.3 Erfahrungsbasierte Do's und Don'ts der Strafverfolgungsbehörden

Kontakt mit der Polizei und Staatsanwaltschaft haben die meisten Protestjournalist:innen vor und während den Versammlungen, seltener im Rahmen der Strafverfolgung nach Angriffen. Mit den Stabsstellen Kommunikation bei den sächsischen Polizeidirektionen gibt es hier konstante, fachkundige und motivierte Ansprechpartner:innen bei der Vorbereitung der Berichterstattung und anlassbezogen vor Ort. Dass sich deren Zuständigkeit auch auf Presseschutz erstreckt und sie durch einen kurzen Draht zu den jeweiligen Polizeipräsidenten auch deren Rückendeckung bei der Umsetzung von Presseschutzkonzepten haben, hatte ganz praktisch sehr positive Auswirkungen auf die Pressefreiheit.

Auch die sächsische Bereitschaftspolizei und die Einsatzzüge sind sensibilisiert für die Bedürfnisse und Gefährdung der Presse. Hier gab es in den letzten Jahren starke Verbesserungen. Dass die sächsische Polizei oft zusätzliche Kräfte mobilisiert, wenn sie von der Anwesenheit gefährdeter Journalist:innen weiß, ist notwendig, sendet aber auch klare Signale in alle Richtungen. Bei der Entwicklung eines wirksamen und bedürfnisorientierten Presseschutzes ist die sächsische Polizei bundesweit vorbildlich und beispielhaft. Noch vor wenigen Jahren schritten Polizist:innen nur zögerlich ein, schauten demonstrativ weg oder richteten Maßnahmen vor allem gegen die Presse, teilweise unter Anfeuerung durch die Teilnehmer:innen. Die geschlossenen Einheiten und Pressestellen begegnen Pressevertreter:innen inzwischen zuverlässig kollegial und professionell. Bei notwendigen Kontrollen vermeiden sie meist den Eindruck, die Kontrollierten wären verdächtig.

Diese zentralen Ansätze können jedoch durch lokale Einsatzleitungen oder Einzeldienstbeamt:innen der lokalen Reviere unterlaufen werden. Besonders in den oben bereits erwähnten Kleinstädten Wurzen, Eilenburg und Borna kam es immer wieder vor, dass Einsatzleiter den Kontakt mit der Presse oder deren Sicherheitsbegleiter:innen verweigerten, zusätzliche Kräfte für den Presseschutz anders einsetzten oder den Betroffenen schlicht nicht glauben wollten, wenn diese von gerade geschehenen Angriffen berichteten. Einzeldienstbeamt:innen verweigerten Hilfe, gingen freundschaftlich mit Täter:innen um, sodass Opfer von Anzeigen

absahen, teilweise kriminalisierten sie Presse und Begleitschutz. In einem besonderen Fall ließen sie die Pressegruppe von Beamt:innen, die zum Presseschutz abgestellt waren, durchsuchen, mit der Begründung, dass ja bekannt sei, dass diese Reizstoffe mit sich führen. Bei der vorangegangenen Begleitung am selben Ort mussten Begleitschützer in Notwehr und Nothilfe für Polizeikräfte (!) Reizgas einsetzen. Außerdem wurde angekündigt, im Falle einer Eskalation etwaige Maßnahmen gegen die Presse als »Zustandsstörer« [sic!] zu richten. Im Fall Dresden-Laubegast waren die Beamt:innen zuerst gar nicht vor Ort. Nach gelungener Flucht vor den Angreifer:innen stellten sie allerdings die Pressegruppe und nahmen deren Aussagen auf, führten Beschlagnahmungen durch und fotografierten in Sichtweite ehemaliger Versammlungsteilnehmer:innen jede angegriffene Person beweissichernd aus mehreren Perspektiven. Dies zog sich über eine Stunde hin. Die Angegriffenen erfuhren erst nach etwa 20 Minuten, dass sie von der Polizei als Beschuldigte geführt werden.

Wir schätzen diese negativen Vorfälle trotz ihrer Vielzahl weitestgehend als Einzelfälle ein, die auch in der Komplexität der Situationen begründet liegen. Die Häufung im Bereich des Reviers Grimma ist jedoch auffällig und man kann eine soziale Nähe zwischen Polizist:innen und pressefeindlichen Akteur:innen zumindest annehmen. Nachbereitungen mit übergeordneten Dienststellen verliefen zufriedenstellend im Sinne der Pressefreiheit. Obwohl die Polizei präventiv und abschreckend bei Versammlungen eine durchaus positive Rolle spielt, richtet sie im Rahmen der Strafverfolgung massive Schäden an, die das Vertrauen in den Schutz der Pressefreiheit untergraben. Das hat zum Teil strukturelle Gründe: So ist es auch bei Körperverletzung in Notwehr nicht möglich, als Beschuldigte:r eine zeugenschutzähnliche Behandlung zu bekommen. Zeug:innenschutz bleibt zudem relativ, wenn aus Sicherheitsgründen unter Pseudonym veröffentlichende Journalist:innen nur unter Klarnamen in die Akten genommen werden. In Einzelfällen wurden selbst bei bestehender Auskunftssperre komplette Melderegisterauszüge in Ermittlungsakten genommen, die auch Anschriften und Geburtsdaten von Kindern sowie sämtliche vorherigen Meldeadressen – also zum Teil die der Eltern – enthielten. Hier wäre eine Anpassung zum Schutz vor Racheaktionen durch organisierte Gewalttäter:innen sinnvoll. Als nach

dem Angriff in Dresden-Laubegast auch gegen die Pressegruppe ermittelt wurde, wurden diese in der zentralen Datenbank als »Politisch motivierte Kriminalität – links« eingetragen. Weil sie sich während einer hunderte Meter langen Flucht gegen den Versuch von Neonazis, sie zusammenzuschlagen, gewehrt hatten. Das Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung hing ein Jahr lang über den angegriffenen Journalisten und Begleitschützer:innen. Bereits vor Ort und teilweise bis heute sind einige der Betroffenen überzeugt, dass es ein Fehler war, den Notruf zu wählen und sie dies auch nie wieder tun werden.

Ein umfassender Ansatz, der aktiv auf die Wiederherstellung der Pressefreiheit zielt, muss die Täter:innen schnell und mit sichtbar hohem Aufwand ermitteln und möglichst unmittelbare Konsequenzen zur Folge haben, die abgestuft auch umstehende Unterstützer:innen treffen. Die Verfahrensdauer muss kürzer werden und der Zeug:innenschutz verbessert werden. Hier sei erwähnt, dass die Meldeämter und viele ermittelnde Staatschützer:innen und Staatsanwaltschaften sehr sensibel, schonend und professionell mit Betroffenen umgehen. Das Risikogefühl, an einen der anderen zu geraten oder einfach einem Fehler zum Opfer zu fallen, schreckt allerdings trotzdem vor Anzeigen und Zeugenaussagen ab.

Mit der Einrichtung der *Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus (ZORA)* gibt es in der Generalstaatsanwaltschaft Dresden eine Stelle, die prädestiniert dazu wäre, Opfer pressefeindlicher Straftaten während der Ermittlungen und Verfahren zu unterstützen und zu schützen sowie die Verfahrensabläufe darauf zu prüfen, ob sie strukturell verbessert werden können. Im Kontakt entstand jedoch zum Teil der Eindruck, als würde die Zentralstelle ausgebremst oder wäre von Anfang an eher als reine Fallannahmestelle gedacht gewesen.

7. Fazit und Ausblick

Der Zustand der Pressefreiheit auf Versammlungen in Sachsen muss dringend verbessert werden und das erfordert gesamtgesellschaftliche Ansätze. Ein wesentlicher Hebel kann sein, Angreifer:innen sozial stärker zu isolieren, wozu Strafverfolgungsbehörden, aber auch die Zivilgesell-

schaft Mittel in der Hand haben. Es muss immer wieder deutlich kommuniziert werden, dass Gewalt nicht die Art ist, wie Meinungsverschiedenheiten verhandelt werden. Und dass die Person, die Gewalt befürwortet oder gar nutzt, sich eben außerhalb des gemeinsamen Wertegerüsts befindet und dafür alles andere als Anerkennung verdient. Ein Strafverfolgungsansatz, der die Unterstützung radikalierter Täter:innen durch andere Versammlungsteilnehmer:innen erschwert oder mit einem eigenen Risiko versieht, hätte überproportionalen Erfolg beim Zurückdrängen pressefeindlicher Gewalt. Ein Strafverfolgungsansatz, der Opfer besser schützt, würde dazu führen, dass es mehr Anzeigen gäbe und würde Betroffenen ein Vertrauen geben, das aktuell fehlt.

Wir rechnen in Sachsen konservativ geschätzt mit einem anhaltenden Versammlungsgeschehen von 50 rechtsextremen, verschwörungsideologischen Demonstrationen pro Woche. Obwohl momentan nur wenige Teilnehmer:innen dauerhaft mobilisiert werden können, gibt es immer wieder überraschende Mobilisierungserfolge. Zudem gibt es ein etwa 50.000 radikalisierte Menschen umfassendes ruhendes Mobilisierungspotenzial in Sachsen. Die schiere Menge und hochfrequente Regelmäßigkeit von Demonstrationen war vor ein paar Jahren noch völlig untypisch. Mit großer Ambivalenz zwischen Stolz und Sorge nehmen wir bei *BTL* zur Kenntnis, dass Journalist:innen in den Jahren unserer Existenz immer wieder äußern, dass sie so nicht weiterarbeiten könnten, wenn es uns nicht gäbe. Manchmal sagen sie auch, dass ihre Arbeit sonst gar nicht möglich wäre.

Bei dem erwartbaren Wahlerfolg der AfD bei den Landtagswahlen 2024 wird es absehbar zu einem Anstieg von Straßengewalt durch erfolgsberauschte extreme Rechte kommen. Sollte die AfD im Anschluss tatsächlich an der Regierung beteiligt sein, wird sich dieser Zustand über einen längeren Zeitraum hinziehen, wobei gleichzeitig die Effektivität der Arbeit der Polizei in Frage gestellt wäre. Eine Verrohung bis hin zu alltäglicher und straffreier Gewalt ist mindestens denkbar und sollte daher auch bedacht werden.

Die Informationen über die Radikalisierung der Gesellschaft verdanken wir der unermüdlichen und mutigen Arbeit der Journalist:innen, Berichterstatte:r:innen, Redakteur:innen und ›Fotowixxer:innen‹, die die Öffentlichkeit mit Informationen darüber versorgen, was sich zusammen-

braut. Es ist notwendig auf Basis dieser Informationen auch zu handeln. Nicht nur um sie zu schützen, sondern uns alle.

Literatur

- Deutschlandfunk Kultur (2016): Übergriffe auf Journalisten in Sachsen – Auf Demos nur mit Security. Online verfügbar: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen-auf-demos-nur-mit-100.html> [Zugriff: 31.12.2023].
- dpa (2022): 100 000 sind übertrieben – Polizei: 50 000 Demo-Teilnehmer in Sachsen. In: dpa-factchecking. Online verfügbar: <https://dpa-factchecking.com/germany/220202-99-941605/> [Zugriff: 31.12.2023].
- ECPMF (2017): Das Feindbild 2 – »Lügenpresse« und Journalistische Selbstbehauptung. Online verfügbar: https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2022/05/feindbild_presse_web_2017.pdf [Zugriff: 05.01.2024].
- ECPMF (2023): Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe. Online verfügbar: <https://www.ecpmf.eu/studie-feindbild-journalistin-7-berufsrisiko-nahe-mehr-angriffe-auf-lokaljournalisten/> [Zugriff: 05.01.2024].
- Goertzel, Ted (1994): Belief in Conspiracy Theories. In: *Political Psychology* 15 (4), S. 731–742.
- Grimm, Imre (2022): Feindbild Presse: Bedrohungen von Journalisten durch »Querdenker« nehmen zu. In: RedaktionsNetzwerkDeutschland. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/medien/warnung-des-djv-bedrohungen-von-journalisten-durch-querdenker-nehmen-zu-IWBF3MQ3ENDLTOMCSRFBVHTBPIM.html> [Zugriff: 31.12.2023].
- Kubeth, Levin (2022): Angebrüllt und angegriffen: Schüler berichten von Corona-Demos. In: *Sächsische Zeitung*. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/coronavirus/vue-critique-corona-demonstration-sachsen-schueler-dresden-5615900-plus.html> [Zugriff: 02.01.2024].
- Martens, Rene (2022): Das Altpapier am 31. Januar 2022: Der nächste Mexit. In: MDR. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/altpapier/das-altpapier-2494.html> [Zugriff: 02.01.2024].
- phoenix (2023): Protest. Gewalt. Pressefreiheit. – Wenn Journalist:innen angegriffen werden. Online verfügbar: <https://www.phoenix.de/sendungen/dokumentationen/protest-gewalt-pressefrei-a-3129663.html> [Zugriff: 05.01.2024].

Polizei Sachsen (2022): Polizeieinsatz in Dresden und dem Umland. In:

Medieninformationen der Polizeidirektion Dresden, Januar 2022. Online verfügbar:

https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2022_86631.htm [Zugriff: 17.01.2024].

Reporter ohne Grenzen (2016): Rangliste der Pressefreiheit 2016 – Nahaufnahme

Deutschland. Online verfügbar: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2016/Nahaufnahme_Deutschland_2016.pdf [Zugriff: 05.01.2024].

Reporter ohne Grenzen (2023): Rangliste der Pressefreiheit 2022 – Nahaufnahme

Deutschland. Online verfügbar: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2022/RSF_Nahaufnahme_Deutschland_2022.pdf [Zugriff: 05.01.2024].

taz (2016): »Pegida«-Kundgebung am Montag. Das Nazi-Phantasma von Dresden. Online

verfügbar: <https://taz.de/Pegida-Kundgebung-am-Montag!/5269211/> [Zugriff: 08.01.2024].

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.